

## **Gendarstellung / Pressemitteilung**

**Eine Initiative von verschiedenen Bürgerschutz-Organisationen startet ab sofort einen Dialog, der den Bürger vor Geldverlust, Mietenexplosion und Baupfusch durch Energiespar- und Klimaschutzbetrug schützen soll. Mit dieser Initiative wird ein überfälliges Gegengewicht zur Lobbyarbeit wirtschaftlich und politisch orientierter Verbände geschaffen, deren medial verbreitete Sorge um das Wohl des Bürgers lediglich dem Eigeninteresse dient. Die Initiative wird mit der Kennzeichnung "BürgerschutzDIALOG" an Politiker, Medien und den Bürger herantreten, um eine ausgewogene Aufklärung zu bestimmten Themen zu fördern. Ziel ist dabei stets, einseitiger Information zu Lasten des Bürgers zu begegnen, um ihn damit vor sinnlosen und oft auch schädlichen Ausgaben zu schützen.**

**BürgerschutzDIALOG vom 5.11.2013**

Anlässlich der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD hat die Initiative "Wärme im Dialog", bestehend aus dem

- Industrieverband Hartschaum,
- Fachverband Wärmedämm-Verbundsysteme,
- Industrieverband Werkmörtel,
- Bundesverband Farbe, Gestaltung Bautenschutz und
- Fachverband der Stuckateure für Ausbau und Fassade und

kooperierend mit von der Bundesregierung geförderten, gewerkeübergreifenden "Sanierungskampagne 2013/14" der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) ein Sechs-Punkte-Papier für den Ausbau der Energieeffizienz im Gebäudebereich als dringlichste

und am schnellsten umzusetzende Maßnahme verfasst.

Den Kernaussagen des Sechs-Punkte-Papiers von "Wärme im Dialog" tritt der **BürgerschutzDIALOG** wie folgt entgegen:

### **1. CO2 schädlich?**

Bisher gibt es keinen wissenschaftlich gesicherten Beweis dafür, dass CO2 klimaschädlich wäre und dessen Verminderung durch den deutschen Bürger das Klima in irgendeiner Weise beeinflussen könne. Die Behauptung, dass Wärmedämmung eine moderne und nachhaltige Bau- und Energiewirtschaft erreiche, wird nicht geteilt.

Die Praxis zeigt, dass Wärmedämmverbundsystemen die Nachhaltigkeit eines traditionell erstellten Mauerwerks fehlt und die versprochenen Energieeinsparwerte nie erreicht werden. Selbst co2online geht im aktuellen Heizkostenspiegel lediglich von 12% Energieersparnis nach einer Außenwanddämmung aus. Andere Studien belegen sogar Mehrverbrauch an Energie, weil kostenfreie Solargewinne ungenutzt bleiben. Geringe Einsparwerte machen eine Wärmedämmmaßnahme unwirtschaftlich. Das heißt, die Investitionen erwirtschaften sich nicht in dem Zeitrahmen, der von der Justiz gefordert wird. Zutreffend ist die Aussage der SPD-Bundespartei, wonach die Einsparungen an Energiekosten nie die nötigen Investitionen - auch nicht langfristig - amortisieren (Quelle: Jahrbuch 2013 - Energieeffizienz in Gebäuden).

### **2. Klimaneutraler Gebäudebestand?**

Das Ziel der Bundesregierung, bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen, ist unerreicht und wäre ohnehin volkswirtschaftlich schädlich. Eine Veränderung des heutigen Gebäudebestandes im Sinne der Vorgabe der Bundesregierung ist nicht in der Lage, das Klima wahrnehmbar "neutral" zu halten, was immer solch eine Aussage auch heißen soll. Es wird deshalb entschieden abgelehnt, den Bürger mittels weiterer Gesetze, seien diese von der EU, dem Bund oder den Ländern, weiter zu gängeln und ihm technische Vorgaben zu machen, wie Energie einzusparen wäre. Der Bürger ist verständig

genug, um seine Ausgaben im Energiebereich seinem Einkommen und Bedarf anzupassen. Rechtliche Rahmenbedingungen benötigt er dafür nicht.

### **3. Subvention statt Wirtschaftlichkeit?**

Der Bürger kann selbst am besten beurteilen, ob sich eine Investition zur energetischen Modernisierung für ihn amortisiert. Geldgeschenke eines hoch verschuldeten Staates bedarf er dazu nicht, egal ob durch Geldzuschüsse oder steuerliche Vergünstigungen. Es kann nach dem selbstverschuldeten Untergang der sozialistischen Planwirtschaft nicht Staatsziel sein, unwirtschaftliche, technisch sinnlose und sogar schädliche Maßnahmen und Produkte über Steuergelder zu fördern.

Wir Bürger lehnen es ab, unsere erfolgreiche Volkswirtschaft nach kommunistischem Vorbild umzugestalten. Unwirtschaftlichkeit ist nicht zu fördern, sondern von den Produzenten entweder zu beseitigen oder zu unterlassen. Außenwanddämmmaßnahmen an Bestandsimmobilien sind immer unwirtschaftlich, zumal auch deren Schadensträchtigkeit laut des Hannoverschen Instituts für Bauforschung mehr als 9 Euro höhere Instandhaltungsrücklagen je Quadratmeter Fläche im Jahr benötigt, als eine klassische Putzfassade.

### **4. Energiefakten**

Derzeit werden nicht 85% der Energie für das Heizen der Gebäude benötigt, sondern allenfalls 26%\* und 5%\* zur Brauchwassererwärmung. Eine Außenwanddämmung beeinflusst den Energiebedarf für die Brauchwassererwärmung nicht. Bei der Durchschnittswohnung mit ca. 135 kWh Energieverbrauch je qm Wohnfläche im Jahr kann sich eine Außenwanddämmung niemals amortisieren. Stattdessen sind heiztechnische Optimierungen sowie sonstige geringinvestive Maßnahmen zur Energieeinsparung vorzuziehen.

### **5. Informationskampagnen?**

Die Bürger bedürfen keiner durch Steuergelder finanzierter Informationskampagnen, die ihn zur unwirtschaftlichen Investition in Außenwanddämmung verführen wollen.

### **6. Kostenteilung und Bürgerakzeptanz**

Akzeptanz des Bürger in Kostenfragen ist stets dann vorhanden, wenn die Investition und deren Erlös in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Die Kosten einer Außenwanddämmung an Bestandsimmobilien steht in einem krassen Missverhältnis zur tatsächlich erzielten Energieeinsparung. Es ist geradezu absurd zu fordern, dass der Staat und damit unbeteiligte Bürger diese voraussehbare Unwirtschaftlichkeit mitbezahlen sollen, um selbst verschuldete Geldverluste abzumildern. Die angestrebte Drittelung von Sanierungskosten zwischen Eigentümer, Mieter und staatlicher Gemeinschaft ist eine Schnapsidee. Die Sozialisierung der voraussehbaren Verluste durch unsinnige Fassadendämmungen lehnt der Bürger ab.

Mieter sind mit den Kosten einer energetischen Sanierung grundsätzlich nur in dem Maße zu belasten, wie sie damit tatsächlich Energie einsparen können. Das Modell von "Wärme im Dialog" lässt die Mieten und Wohnkosten explodieren – genauso wie die gesetzliche Ökostromzulage die Stromkosten!

**Der BürgerschutzDIALOG** appelliert deshalb an unsere Volksvertreter, keine Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die nur den Lobbyisten zum Verkauf ihrer unwirtschaftlichen und oft auch schädlichen Produkte und Leistungen dienen.

Norbert Deul - Vorstand (V.i.S.d.P.)

Schutzgemeinschaft für Wohnungseigentümer und Mieter e.V.

- Hausgeld-Vergleich / Hausverwalter-Check -

Gehrestalstraße 8, 91224 Pommelsbrunn [bei Nbg.](#)

[www.hausgeld-vergleich.de](http://www.hausgeld-vergleich.de)

Europäische Institut für Klima und Energie [e.V. \(EIKE\)](#)

[www.eike-klima-energie.eu](http://www.eike-klima-energie.eu)

NAEB - nationale anti-EEG-Bewegung e.V. -

Stromverbraucherschutz-[Organisation](#)

[www.naeb.info](http://www.naeb.info)



